

# Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Eine Wertediskussion

Erich H. Witte

Universität Hamburg – Institut für Psychologie

## 1 Die Bezeichnung

Es beginnt schon mit einer fehlerhaften Bezeichnung: Üblicherweise wird dieses Abkommen als transatlantisches Freihandelsabkommen bezeichnet. Der Bereich der Investitionen wird gern ausklammert, weil gerade in diesem Bereich die tatsächlichen Probleme liegen. Zumindest aber hat die intensive Diskussion in den Medien begonnen und die Komplexität des Abkommens wird immer deutlicher.

## 2 Der ökonomische Vorteil durch Vereinheitlichung bei den Gütern

Die utilitaristische Argumentation über den ökonomischen Vorteil betrifft nur recht überschaubare Bereiche. Der Abbau von Zöllen hat einen Umfang von 4% bis 7% des Handelsvolumens. Der sehr positiv gesehene ökonomische Vorteil dieser Partnerschaft wird für eine vierköpfige Familie mit 45,42 Euro pro Monat angegeben (Francois et al., 2013), was kaum mehr als 1% des durchschnittlichen Brutto-Familieneinkommens in Deutschland von 3989,- Euro ausmacht (Statistisches Bundesamt, 2014). Die Arbeitslosigkeit wird nur minimal gesenkt. Der erwartete ökonomische Nutzen ist bei durchgerechneten Erwartungen, die auf den neoklassischen Modellen der Ökonomie basieren, von nicht wirklich bemerkenswerter Größe. Dieser überschaubare Bereich des klassischen Handels mit dem Abbau von Unterschieden in Standards, z.B. ob der Seitenspiegel beim Auto umklappbar sein muss oder starr, kann nicht der Hauptgrund sein für dieses tiefgreifende Abkommen. Solche oberflächlichen Standards könnte man leicht angleichen, ohne weitere Inhalte zu behandeln. Aber sogar hier wird es schnell problematisch, wenn man verschiedene Standards bei der Herstellung von Hühnerfleisch betrachtet: Das Chlorbad zur Verbesserung der Hygiene in den USA oder die Gabe von Antibiotika in der EU. Man denke nur, was die Abschaffung des Links-Verkehrs in England für eine willkommene Vereinheitlichung mit den übrigen Staaten in der EU und den USA bedeuten würde. Dann stoßen Vereinheitlichungstendenzen sehr schnell auch auf kulturelle Überlieferungen, die nicht aufgegeben

werden können. Aber sicherlich gibt es eine Reihe von Industriestandards, die einfach harmonisierbar sind. Solche Angleichungen bei den Gütern bringen einen Effizienzeffekt. Aber schon die Maße – Gallonen, Inches, Meilen – sind nicht so einfach abzuschaffen. Auch die Währungen werden nicht vereinheitlicht und damit die Wechselkursschwankungen beibehalten.

Nach einer Rede des EU-Kommissars für Handel, Karel de Gucht, am 6. Juni in Warschau geht es um die folgenden Bereiche, die in dem Abkommen geregelt werden sollen: Goods, Services und Investments (De Gucht, 2014b). Es ist also kein Freihandelsabkommen im engeren Sinne.

Die wirklichen Probleme des Partnerschaftsabkommens liegen auch nicht beim Austausch von Gütern. Das lässt sich deutlich und klar regeln bzw. nicht vereinheitlichen wegen kultureller Hindernisse. Die Auswirkungen dieser Harmonisierungstendenzen sind recht gut überschaubar und vergleichsweise klein. Es geht um ein umfassenderes Partnerschaftsabkommen.

## 3 Die Vereinheitlichung von Dienstleistungen, öffentlichen Ausschreibungen und Investitionen

Die wirkliche Problematik betrifft den Bereich Dienstleistungen und öffentliche Ausschreibungen sowie die Investitionen und deren Sicherung, weil hier die Regelungen abstrakter und weniger überschaubar sind. In diesen Bereichen gibt es schon innerhalb der EU erhebliche Probleme, z.B. bei den Ausschreibungen. Will man nicht letztlich den lokalen Anbieter, weil man die Arbeitsplätze sichern möchte und die Qualitätsstandards des Anbieters kennt? Man muss aber europaweit ausschreiben bzw. dann möglicherweise im gesamten neuen Wirtschaftsraum. (Eine lettische Firma baut die Brücke über den Grand Canyon, wird kolportiert.)

Wenn man aus der kürzlichen Vergangenheit mehrfach etwas lernen konnte, dann auch die Abkoppelung des Finanzsektors von der Realwirtschaft und die unvorhersehbare Rückkopplung der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft. Das wird wegen der Unterschiede im Bankenwesen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen nicht einfach –

übrigens mit manchen strengeren Auflagen in den USA.

#### 4 Die Steuerung des Wirtschaftsraumes EU–USA als komplexes System

Es ist völlig naiv zu glauben, dass ein so komplexes Wirtschaftssystem aus EU und USA mit TTIP nach Zielkriterien zu steuern sei. Man kann komplexe Systeme überhaupt nicht auf langfristige Ziele hin steuern, weil viele Wechselwirkungen verborgen sind, nicht-lineare Einflussprozesse sich den theoretischen Modellen entziehen und unkalkulierbare Einflüsse von außen auftreten werden. Man kann Einzelkomponenten separat vereinheitlichen und die Effekte beobachten, ob sie ihre angestrebte Wirkung erzeugen. Aber komplexe Systeme nach abstrakten Zielen durch Verträge zu steuern, die diese Ziele ohne Nebeneffekte erreichen, wobei die Nebeneffekte sehr schnell zu unvorhersehbaren Haupteffekten werden, ist einfach ignorant. Solche Annäherungen zweier Wirtschaftsräume können nur über kleine Schritte erfolgen, deren Auswirkungen man übersehen kann. Mit einer solchen Idee eines umfassenden Partnerschaftsabkommens überfordern Politik und Wirtschaft sich und die betroffenen Bürger.

Man nehme als Beispiel das Bildungssystem mit den Bologna-Beschlüssen, das man an das anglo-amerikanische System angeglichen hat, um einen Synergieeffekt in Europa, aber auch weltweit durch Harmonisierung zu erreichen. Wie weit die angestrebten Ziele und die realen Konsequenzen auseinander liegen, kann man den Veröffentlichungen von Lenzen (2014a; 2014b) – der augenblickliche und vormalige Präsident einer Universität – entnehmen. Jede so komplexe Steuerung muss fehlschlagen, weil komplexe Systeme eben nicht (ziel-orientiert) steuerbar sind. Das sollte man zur Kenntnis nehmen. Deshalb kann man aber sehr wohl Industriestandards vereinheitlichen und manche Barriere abbauen, aber ein solches Abkommen wie TTIP ist in seiner komplexen Wirkung nicht vorhersehbar. Man kann nur schrittweise über einen langen Zeitraum Harmonisierungen und Regelungen vornehmen und die Konsequenzen beobachten. Auf eine solche Weise kann man dann kontrolliert diese Nebeneffekte korrigieren. Das bedeutet auch, dass man eine Ausstiegsklausel einführen muss, wenn entstehende Auswirkungen nicht mehr von der Bevölkerung getragen werden, die aber nicht vorgesehen ist.

Also nicht die Steuerung durch ein abstraktes Abkommen kann das – generell nicht erreichbare – Ziel sein, sondern die systematische Entwicklung über punktuelle Angleichungen über lange Zeit mit entsprechenden Beobachtungen der Effekte und Korrekturmaßnahmen bei Abweichungen von gemeinsamen Zielkriterien. Auf diese Weise kann man sehr wohl offensichtliche Fehlentwicklungen

auf den beiden Märkten erkennen und zum Nutzen aller korrigieren. Also nicht etwa die Abschottung ist die Lösung des Problems, sondern die gezielte strategische Entwicklung zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum über mehrere Generationen. Dazu ist Politik kaum in der Lage, weil sie auf kurzfristige Erfolge setzt.

Als akzeptable Strategie für ein Partnerschaftsabkommen kann man folgendes Vorgehen wählen: Man beginnt mit einfachen Angleichungen der Industriestandards bzw. der Aufhebung von Zöllen und lässt diese Angleichungen wirken unter der Beobachtung der Effekte. Dann geht man über zu Vereinheitlichungen im Bereich der Dienstleistungen, die komplexere Abstimmungen erfordern. Dann kann man auch nach einer gewissen Beobachtungszeit den Finanzbereich mit seinen Produkten und Investitionen harmonisieren. Er ist weitaus abstrakter und in seinen Einflüssen auf alle Lebensbereiche kaum einschätzbar, wie wir kürzlich erst lernen konnten.

Der hohe Druck von Seiten der Lobbyisten, zu Vereinbarungen in diesem Bereich der Investitionen zu kommen, lässt sich leicht an dem vorhandenen Geld auf dem Markt erklären, das wenig Rendite (Zinsen) abwirft. Wenn ein größerer Wirtschaftsraum für sichere Anlagen geschaffen wird, dann kann man auch wieder Geld verdienen.

Natürlich darf man auch nicht nur die Risiken sehen, sondern muss auch die Chancen betrachten, die sich bei einem kontrollierten, langsamen Zusammenwachsen ergeben werden. Man kann die generelle Idee des kontinuierlichen Zusammenwachsens dieses Wirtschaftsraumes unterstützen, weil unsinnige Regelungen existieren und zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit geschaffen werden. Deshalb muss man aber diese überschnelle und überzogene Regelung durch TTIP mit ihrer Konzentration auf ökonomische Ziele nicht begrüßen. Die Gefahren dieser Vereinheitlichung der beiden Wirtschaftsräume sind viel zu groß, um die Vorteile aufzuwiegen.

Was sind eigentlich die Vorteile und Gefahren für den einzelnen Bürger? Darüber wird nur wenig nachgedacht. Denn es ist unvermeidlich, dass eine ökonomische Annäherung auch eine kulturelle Beeinflussung bedeutet und die Lebenswelten der Bürger verändert. TTIP konzentriert sich auf die ökonomischen Zielkriterien. Das ist in der Politik häufig der Fall, obwohl letztlich das BIP (Bruttoinlandsprodukt) nur ein Hilfskriterium ist, um die Zufriedenheit der Bürger in einem Wirtschaftsraum zu erfassen, die neben der Lebenserwartung im Zentrum politischer Interventionen stehen sollte (siehe Näheres bei Witte, 2012). Befördert TTIP also über den Wohlstand die Verbesserung der Lebensqualität der einzelnen Bürger in diesem großen, neuen Wirtschaftsraum? Es sollte folglich um die Beförderung der Lebensqualität für die einzelnen Personen in diesem neu geschaffenen Wirtschaftsraum gehen. Das sollte das eigentliche Ziel sein.

## 5 Die Zielkriterien als zentrales Problem der Steuerung aus ethischer Sicht

Jetzt diskutieren wir den eigentlichen Kern dieses Abkommens, nämlich die Zielkriterien und ihre Verankerung in den Werten, was man denn eigentlich erreichen möchte durch ein solches Abkommen. Hier greifen sämtliche Diskussionen zu kurz.

Will man ein solches Abkommen rechtfertigen als gut und richtig, dann bedarf es der gründlichen Überlegungen, wie eine solche differenzierte Rechtfertigung überhaupt aussehen kann. Hierfür gibt es klassische ethische Grundpositionen, nach denen man eine Handlung als gut und richtig rechtfertigen kann (s. Tabelle 1). Man unterscheidet dabei eine individuelle (für jeden einzelnen Bürger) und eine allgemeine Perspektive (für den gesamten Wirtschaftsraum) sowie die Betrachtung der Konsequenzen als auch der Normen und Werte, auf denen die Handlungen basieren. Schon in der Antike war das Streben nach individueller Zufriedenheit und Glückseligkeit eine ethische Norm. Das ist hier mit Hedonismus bezeichnet worden, der vom Egoismus unterschieden werden muss. Als zweite klassische Grundposition gilt der Utilitarismus, der mit seiner Wirkung für die große Mehrheit als Konsequenz häufig in der politischen Auseinandersetzung eine Rolle spielt. Aber es gibt auch Werte und Normen, die als Beurteilungsaspekt herangezogen werden können, nämlich in welcher Gesellschaft man leben möchte. Diese Beurteilungsgrundlage geht auf den Ansatz von Kant zurück mit seiner deontologischen Position. Schließlich hat jeder Mensch auch eine unreflektierte, aber persönlich wichtige Bewertungsgrundlage, die hier mit Intuitionismus bezeichnet wird. In der Tabelle sind neben der Bezeichnung auch einzelne Items eines Fragebogens angegeben, den man einsetzen könnte, um die betroffenen Bürger zu befragen. Man kann diese Behauptungen aber auch als Kriterium verwenden, das Abkommen zu bewerten.

Man beschränkt sich als Rechtfertigung auf das Für und Wider dieses Abkommens aus der Sicht einer utilitaristischen Ethik im Sinne ökonomischer Vorteile. Dieser wirtschaftliche Vorteil sei dann automatisch auch ein Vorteil für die einzelnen Menschen in diesem Wirtschaftsbereich. Nebenbei wird dann noch darauf hingewiesen, dass die

se Vereinbarung auch deontologische Positionen stärken würde, wie die Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit (De Gucht, 2014a). Als Automatismus wird die Verbindung zwischen „global markets, democracy, and respect for the individual“ angesehen (De Gucht, 2014b). Über diese Verknüpfung zwischen utilitaristischer (global market), deontologischer (democracy) und hedonistischer (respect of the individual) Grundposition in der Ethik wird wenig nachgedacht. Entgegen dieser Erwartung sind diese ethischen Grundpositionen unabhängig (Witte & Doll, 1995; Witte & Gollan, 2014). Das Verfolgen eines dieser drei Arten von Zielen muss eben nicht andere ethische Positionen auch befördern. Wenn man das utilitaristische Ziel des ökonomischen Nutzens verfolgt, dann werden eben nicht die anderen drei Ziele auch erreicht (s. Tabelle 1). Es ist unvorhersehbar, welche Konsequenzen bewertet nach den anderen ethischen Maßstäben für die Demokratie (deontologischer Maßstab) oder den einzelnen Menschen (hedonistischer Maßstab) sich ergeben. Das Individuum ist eben nicht nur ein Verbraucher und bewertet seine Lebenswelt nach ökonomischen Kriterien. Er kann intuitiv andere Wertvorstellungen haben, die nicht mit den Auswirkungen von TTIP übereinstimmen.

Die Menschen ziehen auch allgemeine Werte heran und beurteilen die demokratisch-politischen Prinzipien in ihren Wirtschaftsregionen gemäß einer deontologischen Position. Diese Prinzipien sind in den beiden Wirtschaftsregionen EU und USA nicht völlig kompatibel. Diese Unvereinbarkeit erkennt man z.B. an den beiden Rechtssystemen, wenn man die europäische Rechtsprechung als Einheit betrachtet. Das hat dazu geführt, ein Schiedsgerichtsverfahren etablieren zu wollen, das außerhalb dieser Rechtssysteme ökonomische Konflikte behandelt. Das führt zu einem Sonderweg bei TTIP. Es ist folglich ein Abbau der demokratischen Verfahren notwendig, um den ökonomischen Ansprüchen besser zu genügen. Es dominiert der Utilitarismus (die Ökonomie) über die Deontologie (Rechtssystem). Ist das eine ethisch wertvolle Weiterentwicklung der demokratischen Grundlagen, wie es behauptet wird? Wohl kaum.

Wenn man jetzt das Individuum nicht nur als Verbraucher sieht, der möglichst ökonomische Vorteile für sich in Anspruch nehmen möchte, dann gibt es für die einzelnen Menschen auch andere Werte als Konsum, die sie zu ihrer Lebenszufrieden-

Beurteilungsbezug	Beurteilungsgegenstand	
	Zweck und Folgen	Pflicht und Regeln
Individuell	<i>Hedonismus</i> Ich achte darauf, wie es mir durch TTIP persönlich ergeht.	<i>Intuitionismus</i> Ich bin mir sicher, dass diese Handlung angemessen ist.
Allgemein	<i>Utilitarismus</i> Man muss meiner Meinung nach die Konsequenzen einer Handlung für alle durch TTIP betrachten.	<i>Deontologie</i> Es kommt meiner Meinung nach auf allgemeine Prinzipien (Regeln und Normen) als Richtschnur für unsere Handlungen durch TTIP an.

**Tabelle 1**

*Unterscheidung der ethischen Grundpositionen und die Angabe von Behauptungen als Beispiel für die Beurteilungsperspektiven*

heit anstreben. Die wichtigsten Ziele für die Zufriedenheit und das Glücksempfinden der Menschen sind: *Gesundheit, finanzielle Sicherheit, gute Freunde und eine glückliche Partnerschaft* (Witte, 2012). Die Hauptziele für jeden einzelnen Menschen sind in der westlichen Welt sehr verbreitet. Die Frage ist, ob TTIP Einfluss nimmt auf diese Bereiche. Sie setzen das Individuum ins Zentrum und konzentrieren sich auf eine hedonistische (nicht etwa egoistische) Position der Ethik, die die Zufriedenheit und den Glückszustand des Einzelnen in seinem persönlichen Leben als Hauptkriterium heranzieht.

Schon bei dem Thema *Gesundheit, als wichtigstem Zufriedenheitsmaßstab*, wird deutlich, dass gemessen an einem zentralen Index, nämlich Lebenserwartung, hier die USA besonders schlecht abschneidet (Woolf & Aron, 2013). Wenn also der globale Markt auch auf diesen Bereich Einfluss nimmt, dann kann es sehr wohl negative Auswirkungen geben. Es kann sich die Lebenserwartung in der EU verringern, weil die Angebote auf dem Markt die Gesundheit des Einzelnen gefährden. Deshalb ist TTIP nicht zu befürworten.

Was die *finanzielle Sicherheit* angeht, den zweiten wichtigsten Zufriedenheitsmaßstab, so gibt es einen zentralen Unterschied zwischen einer Ökonomie, die vor allem auf Wettbewerb oder aber auf Zusammenarbeit setzt (Hall & Gingerich, 2004). Hier liegen die USA extrem auf dem Wettbewerbspol und Deutschland sowie Österreich auf dem Pol der Zusammenarbeit. Diese Unterscheidung ist unabhängig von dem BIP (Brutto-Inlandsprodukt) der Länder. Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit unterscheiden sich entsprechend. Jeder staatliche Eingriff auch zugunsten der Arbeitnehmer wird in den USA eher abgelehnt, weil es als „Quasi-Kommunismus“ angesehen wird. Man erkennt das an der Schwierigkeit, eine Krankenversicherung für alle in den USA durchzusetzen (Obamacare). Wir in Deutschland diskutieren dagegen die Probleme einer Privatversicherung, die einem Gleichheitsgrundsatz zu widersprechen scheint. Auch in dem Bereich der finanziellen Sicherheit könnte durch die versteckten Zielkriterien, die sich in den Wertorientierungen verbergen, eine entsprechende Fehlentwicklung aus unserer Werteposition einsetzen. Auch hier ist aus europäischer Sicht eine Angleichung an die USA durch TTIP nicht zu befürworten.

Bei der *Freundschaft, dem dritten Zufriedenheitskriterium der Menschen*, gibt es ebenfalls kulturelle Unterschiede zwischen den USA und der EU bzw. hier bezogen auf Deutschland. Dieses ist schon seit langer Zeit ein bekanntes Phänomen (s. Lück, 1996, S. 95 ff.). Das Freundschaftskonzept in den USA bedeutet viele gute Bekannte ohne große Nähe, aber mit großer Offenheit und schneller Kontaktaufnahme; in Deutschland dagegen sind es wenige Freunde mit größerer Intimität und langsamer Entwicklung. Die Frage ist, ob ein solcher Unterschied überhaupt mit TTIP in Verbindung zu bringen ist. Da zu erwarten ist, dass TTIP sich auf alle Bereiche auswirken wird, z.B. durch die verstärkte Globalisie-

rung der Ökonomie auf die Mobilität der Menschen und damit die Verringerung längerfristiger Freundschaftsbeziehungen, ist auch hier eher eine Verringerung der Zufriedenheit der Menschen in der EU zu erwarten. Auch hier ist aus europäischer Sicht eine Befürwortung von TTIP nicht gegeben.

Was nun die *glückliche Partnerschaft als einem weiteren individuellen Ziel für die Lebenszufriedenheit* angeht, so ist die Globalisierung generell kein Modell für stabilere Beziehungen, weil durch die Zunahme an Anforderungen an Partnerschaft und Familie zusätzliche Belastungen durch die über TTIP verstärkte Globalisierung hinzukommen (Hantel-Quitmann & Kastner, 2002).

Aus der deutschen oder europäischen Sicht kann es besonders bei den zentralen Komponenten der Lebenszufriedenheit der Bürger (Gesundheit, finanzielle Sicherheit, gute Freunde, eine glückliche Partnerschaft) Beeinträchtigungen geben. Warum soll man dann TTIP anstreben?

Die Konsequenzen für diese beiden Kulturbereiche (EU und USA) sind keineswegs einfach prognostizierbar, aber entgegengesetzt zu den Behauptungen von De Gucht sind aus der individuellen Lebensperspektive (hedonistische Ethik) eher negative Auswirkungen zu erwarten, die nicht durch die ökonomischen Vorteile (utilitaristische Ethik) ausgeglichen werden. Aus dieser Perspektive der Zufriedenheit der einzelnen Menschen, für die TTIP ausgestaltet werden sollte, folgt eine recht deutliche Ablehnung. Vielleicht aber gibt es indirekte Effekte für die Menschen, die sich durch einen kulturellen Wandel in Richtung der Angleichung der EU an die Kultur der USA ergeben. Dazu müssen wir auf die Kulturunterschiede der beiden Wirtschaftsräume eingehen.

## 6 Welche Kulturunterschiede gibt es zwischen den USA und der EU?

Schon diese Frage nach den Unterschieden zwischen den Kulturräumen ist natürlich nicht leicht zu beantworten, weil in der EU selber erhebliche Unterschiede bestehen (Schwartz, 2008). Trotzdem lassen sich im Schwerpunkt der EU-Staaten verglichen mit den USA Differenzen erkennen. Nach einer verbreiteten Theorie des Kulturvergleichs gibt es drei bipolare Wertedimensionen: *Unabhängigkeit vs. Gebundenheit* (autonomy vs. embeddedness); *Gleichheit vs. Hierarchie* (egalitarianism vs. hierarchy); *leistungsorientiert vs. bewahrend* (mastery vs. harmony) (Schwartz, 2008). Die westeuropäischen Länder zeichnen sich – immer nur im Vergleich mit anderen Kulturen – insbesondere aus durch *Unabhängigkeit, Gleichheit und einer Bewahrungstendenz*. Die USA sind dagegen gekennzeichnet durch *hohe Leistungsorientierung und hierarchische Ordnung bei ebenfalls großer Unabhängigkeit*. Neben der Verschiedenheit im politischen System und im Rechtswesen gibt es also weitere verborgene Kul-

turunterschiede, die sich natürlich auf eine so komplexe Vereinbarung wie TTIP bei der zukünftigen Annäherung auswirken werden. Die hohe Tendenz in der Bewahrung bei den Europäern lässt in größerem Umfang ökologische Beschränkungen bei den Wirtschaftsprozessen zu und eher traditionelle Formen von Produktion und Konsum erwarten. Ferner ist die hohe Wertigkeit von Gleichheit in der EU ein dauerhaftes Konfliktfeld, das sicherlich auch bei Fragen der Sicherung von Investitionen eine zentrale Rolle spielen wird. In Europa ist die Leistungs-ideologie vom Tellerwäscher zum Milliardär durch die Leistungsbereitschaft des freien Individuums auf einem freien Markt nicht in dieser Weise vorhanden. Wir akzeptieren Einschränkungen durch ökologische und soziale Grenzen. Wir sind bereit eine höhere Staatsquote bei den Abgaben zu akzeptieren (zwischen 58% in Dänemark und 45% in Deutschland gegenüber 38% in den USA), d.h. den Staat zu finanzieren, der dann aber auch soziale Einrichtungen zur Verfügung stellt, z.B. Kinderbetreuung, Schulausbildung, Universitätsausbildung etc. In diesen beiden Kulturräumen haben die Bürger unterschiedliche Erwartungen an die staatlichen Leistungen. Nicht nur der einzelne Konsument oder Nutzer finanziert die Angebote. Sie werden in den Bereichen von Bildung, Kultur und den Sozialsystemen staatlich zumindest mitfinanziert auch von Personen, die ein solches Angebot nicht nutzen oder in Anspruch nehmen. Nicht nur das leistungsbereite Individuum steht im Zentrum unserer Werte, sondern immer auch die Gemeinschaft und Solidarität. Hinter beiden Werteausprägungen verbergen sich natürlich auch entsprechende Auswüchse, nämlich das allein gelassene und sozial und psychisch ausgegrenzte Individuum in den USA oder die Person, die sich auf Kosten der Gemeinschaft ein Leben lang versorgen lässt. Eine einfache Vereinigung dieser beiden Kulturräume durch einen intensivierten ökonomischen Zwangs-kontakt ohne Barrieren ist daher aus der Sicht der Europäer mit ihrer andersartigen Kultur höchst bedenklich und teilweise zerstörerisch. Auch dieser durch TTIP eingeleitete Wandel bedeutet auf der Ebene der Kultur eine nicht akzeptable Zerstörung bestehender Strukturen.

## 7 Was ist zu tun?

Soll man einfach auf TTIP verzichten? Ist man dann politisch konservativ und wenig zukunftsorientiert?

Nehmen wir als Hilfe beim *Nachdenken* über globale Verträge mit unklaren Konsequenzen den *Bologna-Beschluss* zur Abschaffung des Diplomstudiums, der zwar nur in Europa gilt, aber faktisch eine Anpassung an das anglo-amerikanische Hochschulsystem bedeutet. Diese Verwerfungen und Kulturänderungen im Kleinen mit den damit verbundenen Diskussionen können auch auf ein solches Abkommen wie TTIP modellhaft angewendet werden. Wer hat profitiert? Wurden die Zielkriterien erreicht? Was bedeutet das für die Zukunft?

Ist die Steuerung gelungen? Ist die Umstellung wirksam?

Erstaunlich ist die Umstellung. Nach historisch gesehen sehr kurzer Zeit ist sie fast total herbeigeführt worden. Hinter dieser Umstellung verbirgt sich eine Ökonomisierung der Bildung mit Spareffekten, also gibt es einen utilitaristisch zu bewertenden Erfolg, aber aus der Betrachtung der übrigen drei ethischen Grundpositionen – akademische Freiheit, individuelle Akzeptanz und individuelle Nachvollziehbarkeit – eher ein Misserfolg. In der Zukunft wird die akademische Kultur verschwunden sein und die Universitäten werden zu Berufsausbildungsinstituten.

Auch die weiteren angestrebten Zielkriterien der Durchlässigkeit, der Mobilität und der Verringerung der Abbrecherquote wurden nicht erreicht. Sie schienen sich automatisch aus der Veränderung der Universitätsausbildung zu ergeben, ähnlich wie bei TTIP die ökonomischen Vorteile. Sie sind trotzdem nicht eingetreten. Das kann auf ökonomischem Gebiet bei TTIP auch erfolgen.

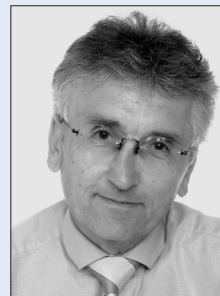
Nehmen wir als *zweites Denkmodell* die damals von allen begrüßte Fusion von Daimler und Chrysler. Sie sollte erhebliche Synergie-Effekte erzeugen. Diese ökonomische Integration zweier Arbeitskulturen hat aber nicht funktioniert. Natürlich kann man die Annäherung auch anders organisieren, indem ein Werk von Daimler in den USA gebaut und dort produziert wird. Eine zu nahe und zu schnelle Integration kann diese erwarteten Synergie-Effekte ins Gegenteil verkehren. Die Annäherung muss sich in der Geschwindigkeit der vorhandenen Distanz der Arbeitskulturen anpassen.

Hier genau liegt die Lösung von TTIP: Wenn Annäherung der Wirtschaftsräume generell als positiv bewertet wird und dafür spricht auf längere Sicht einiges, dann müssen die Bereiche und die Geschwindigkeit der Annäherung von ihren Unterschieden abhängig gemacht werden. Die Nebeneffekte werden so früh erkennbar und ggf. korrigierbar. Man kann auch etwas zurückdrehen und muss deshalb auch eine Ausstiegsklausel vereinbaren. Die Bürger verlieren bei einer gebremsten Geschwindigkeit und einer Beschränkung auf gezielte Bereiche nicht ihre Identität und ihre Kultur. Die berechtigten Ängste vor der Macht der Ökonomie (Utilitarismus) gegenüber den anderen ethischen Kriterien (Deontologie, Hedonismus, Intuitionismus) können nur auf diese Weise aufgefangen werden. Damit ist TTIP nicht auf ein einfaches Vertrags- und Regelungswerk mit ökonomischem Schwerpunkt zu reduzieren, sondern muss zu einem wirklichen Partnerschaftsabkommen ausgebaut werden, das in seinen Konsequenzen nach den vier ethischen Grundpositionen bewertet wird und alle Bereiche der Lebenswelt mit einbezieht. Wir hätten dann eine *transatlantic cultural development partnership (TCDP)*, was TTIP letztlich auch ist, ohne es so zu nennen. Es ist kein Freihandelsabkommen im engeren Sinne. Die EU muss sich zwar den Herausforderungen durch andere Wirtschaftsräume stellen, z.B. USA, China, Indien,

Brasilien, Russland, ..., um seine Werte und seinen Wohlstand zu sichern, aber die Ansätze von TTIP scheinen dafür nicht geeignet zu sein, weil sie sich zu sehr auf Ökonomie und auf einen zu kurzen Zeitraum beziehen, mit der generellen Idee, man könne dieses Zusammenwachsen kontrolliert steuern. Bei näherer Betrachtung werden fundamentale Werte der Europäer verletzt. Langfristige Kooperationen auf verschiedenen, nicht nur ökonomischen Feldern zwischen EU und den USA sind als Weg denkbar und vielleicht sogar recht erfolgreich. Diese Angleichung dann politisch und wissenschaftlich zu begleiten, wird die Aufgabe der Zukunft sein. Jede Ungeduld bei diesem Vorgehen weist große Gefahren auf.

## Literatur

- De Gucht, K. (2014a). TTIP: Strengthening our values. *Speech*, 14, 405. [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/june/tradoc\\_152560.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/june/tradoc_152560.pdf)
- De Gucht, K. (2014b). EU trade policy as a means to influence globalization. *Speech*, 14, 439.
- Francois, J. (2013). *Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment: An Economic Assessment*. London: Centre for Economic Policy Research. <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/150737.htm>
- Hall, P. A. & Gingerich, D. W. (2004). *Varieties of capitalism and institutional complementarities in the macroeconomy: An empirical analysis*. MPI Discussion Paper 05. Köln: MPI-Institute for the study of Societies. <http://www-management.wharton.upenn.edu/guillen/hall/hall.mpifgspaper.pdf>
- Hantel-Quitmann, W. & Kastner, P. (Hrsg.) (2002). *Die Globalisierung der Intimität*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Lenzen, D. (2014a). *Bildung statt Bologna*. Berlin: Ullstein.
- Lenzen, D. (2014b). *Dazugelernt. Beiträge aus einem Jahrzehnt der Bildungsreform 2000-2010*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lück, H. E. (1996). *Die Feldtheorie und Kurt Lewin*. Weinheim: Beltz.
- Schwartz, S. H. (2008). *Cultural value orientations. Nature and implications of national differences*. Moskau: State University – Higher School of Economics Press.
- Statistisches Bundesamt (2014). [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenEinnahmenAusgaben/Aktuell\\_Bruttoeinkommen.html;jsessionid=94B357C9856CE599AFA62F43A02D9EFF.cae1](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenEinnahmenAusgaben/Aktuell_Bruttoeinkommen.html;jsessionid=94B357C9856CE599AFA62F43A02D9EFF.cae1)
- Witte, E. H. (2012). Sozialpsychologie, Socio-Improvement und die Lebenszufriedenheit von Bürgern. In E. H. Witte & S. Petersen (Hrsg.), *Sozialpsychologie, Psychotherapie und Gesundheit* (S. 12-37). Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Witte, E. H. & Doll, J. (1995). Soziale Kognition und empirische Ethikforschung: Zur Rechtfertigung von Handlungen. In E. H. Witte (Hrsg.), *Soziale Kognition und empirische Ethikforschung* (S. 97-115). Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Witte, E. H. & Gollan, T. (2014). Social variability in moral judgments – Analyzing the justification of actions using the prescriptive attribution concept. In M. Christen et al. (Eds.) *Empirically informed ethics: Morality between facts and norms* (pp. 209-224). Heidelberg: Springer.
- Woolf, S. H. & Aron L. Y. (2013). The US health disadvantage relative to other high-income countries: findings from a National Research Council/Institute of Medicine report. *JAMA* 27, 309 (8), 771-772.



**Prof. (em.) Dr. Erich H. Witte, Dipl.-Psych.**  
Universität Hamburg – Institut für Psychologie  
Von-Melle-Park 5  
D-20146 Hamburg  
[witte\\_e\\_h@uni-hamburg.de](mailto:witte_e_h@uni-hamburg.de)